

Aus

„Enzyklopädie des Nationalsozialismus“

Hrsg. von Wolfgang Benz,  
erschienen im dtv, 2. Aufl. 1998

**Generalgouvernement** (»für die besetzten poln. Gebiete«, ab Juli 1940 nur noch GG) Im Anschluß an den → Polenfeldzug (→ Polen) gemäß Führererlaß vom 12.10.1939 für die nicht in das Reich eingegliederten besetzten zentralpoln. Gebiete geschaffen und zunächst aus vier Distrikten (Krakau, Radom, Warschau und Lublin) mit ca. 12 Mio. Einwohnern bestehend. Nach dem dt. Angriff auf die Sowjetunion (Unternehmen → Barbarossa; → Ostfeldzug) wurde das Gebiet um Lemberg am 1.8.1941 dem G. als 5. Distrikt Galizien mit weiteren 5 Mio. Einwohner einverleibt. Die Bezeichnung G. war schon im Ersten Weltkrieg für das von den Mittelmächten besetzte Kongreßpolen, das Generalgouvernement Warschau, benutzt worden.

Mit der Liquidierung der Militärverwaltung bezog Hans Frank am 26.10.1939 als Generalgouverneur, der unmittelbar Hitler unterstand, seinen Dienstsitz in Krakau, das Hauptstadt des G. wurde, um eine Zivilverwaltung aufzubauen, die von einer möglichst kleinen Zahl von dt. Beamten nach »kolonialen« Gesichtspunkten geführt werden konnte.

Vom Krakauer »Amt des Generalgouverneurs«, seit 1940 zur Regierung

aufgewertet, wurde über die Distriktgouverneure (Amtschefs) bis hinunter zu den Kreishauptleuten und Stadthauptleuten in kreisfreien Städten, denen Land- und Stadtkommissare unterstellt waren, ein traditionelles dreigliedriges Instanzensystem errichtet. Für die poln. Bevölkerung existierte nur eine begrenzte Selbstverwaltung auf unterster Ebene durch einheimische Bürgermeister bzw. Vögte in Städten und Landgemeinden, die jedoch dem absoluten Aufsichts- und Eingriffsrecht der dt. Kreis- bzw. Stadtkommissare unterlagen.

Gerichtsbarkeit und Exekutive lagen weitgehend bei den → Höheren SS- und Polizeiführern, die direkt dem → Reichsführer SS und Chef der Dt. Polizei, Heinrich Himmler, unterstanden, der am 7.10.1939 als → Reichskommissar für die Festigung dt. Volkstums von Hitler die Vollmacht für umfangreiche Zwangsumsiedlungen in Polen bekommen hatte. Im Rahmen von Himmlers An- und Umsiedlungsprogramm, der »Heimholung« von bis zu 1,2 Mio. → Volksdeutschen aus den sowj. Besatzungs- und Interessengebieten, wurde das G. als Abschiebegebiet für Polen und Juden aus den in das Reich eingegliederten Gebieten definiert (→ Volkstumspolitik). Frank gelang es nicht, den SS- und Polizeiapparat, der aufgrund seiner Verantwortung für diese Umsiedlungen von vornherein eine beherrschende Stellung innehatte, seiner Zivilverwaltung zu unterstellen. Auf Distriktsebene waren SS- und Polizeiführer mit Weisungsrecht über Sicherheits- und Ordnungspolizei eingesetzt, die sich in den Bereichen Volkstums- und Siedlungspolitik, Judenverfolgung und Partisanenbekämpfung betätigten. Einer der Lubliner Vorreiter dieser Entwicklung war der Lubliner SS- und Polizeiführer Odilo Globocnik, der die Rassen- und

Judenpolitik immer mehr an sich zog und später als Leiter der → Aktion Reinhardt der Hauptverantwortliche für die Ermordung der Juden im G. wurde (→ Rassenpolitik und Völkermord; → »Endlösung«). Als Gegengewicht zur Polizei baute Frank seit März 1940 den sog. → Sonderdienst aus volksdt. Selbstschutzleuten auf, die die Funktion einer Ersatzpolizei auf Kreisebene ausübten.

Die dt. Besatzungspolitik, die auf radikaler Unterdrückung und Ausbeutung aller → Fremdvölkischen, einem rassistisch abgestuften Sonderrecht, Terror, → Deportationen und Völkermord beruhte, stellte den reinsten Typ nat.soz. Okkupationsverwaltung dar, wie er sonst in keinem anderen von Deutschland besetzten Gebiet anzutreffen war. Sie stand im Zeichen der Herrenrassenideologie mit der Zielvorstellung, ein poln. »führerloses Arbeitsvolk« zu schaffen; dies sollte durch die Schließung aller Universitäten und höheren Schulen und die systematische Zerstörung von Kultur- und Wissenschaftsinstitutionen, Beschlagnahmung von Klöstern und die physische Vernichtung von Angehörigen der poln. Intelligenz und des katholischen Klerus (so z.B. in der Sonderaktion Krakau vom Nov. 1939, bei der 183 poln. Hochschulangehörige nach → Sachsenhausen deportiert wurden) realisiert werden.

Zu Beginn wurden sowohl Polen als auch Juden Opfer des dt. Besatzungsterrors. Während der antipoln. Terror selektiv war, d. h. sich gegen Vertreter der Intelligenz, der Kirche sowie Angehörige politischer und gewerkschaftlicher Kreise richtete, erfaßte der antijüdische Terror alle Schichten der Bevölkerung; es kam zu Massenexekutionen und Razzien, Juden wurden generell zur → Zwangsarbeit für die Okkupationsbehörden

verpflichtet. Ab Ende 1939 erfolgte die Kennzeichnungspflicht aller Juden mit dem → Judenstern, gefolgt von weiteren antijüdischen Maßnahmen. Bereits Anfang 1940 waren die Juden aus dem gesamten Wirtschaftsleben des G. verdrängt, alle jüdischen Betriebe und Geschäfte standen unter der Leitung von Treuhändern; ferner begann die Zwangsghettoisierung der jüdischen Bevölkerung. Im August 1940 trat die Verordnung in Kraft, die auf der Grundlage der antisemitischen → Nürnberger Gesetze bestimmte, wer als Jude zu gelten habe.

Vom Oktober 1941 bis Juni 1942 wurde das G., das zum Aufmarschgelände des Unternehmens → Barbarossa geworden war, verstärkt in den Dienst der dt. → Kriegswirtschaft gestellt; die Ausbeutung der Landwirtschaft wurde intensiviert. Anfang Juni 1942 gingen alle polizeilichen Aufgaben, einschließlich der »Judenangelegenheiten«, an die → SS über, was Franks Position unterminierte.

Nachdem die → Einsatzgruppen in Ostgalizien bereits im Juni/Juli 1941 in großem Maßstab Mordaktionen an Juden durchgeführt hatten, begannen im Frühjahr 1942 die Deportationen der Juden aus den → Ghettos in die → Vernichtungslager, v.a. nach → Belzec und → Treblinka. Vom 6.7. bis Ende des Jahres 1942 wurde die »Endlösung« mit höchstem Tempo vorangetrieben und nach dem Aufstand des → Warschauer Ghettos im April/Mai 1943 mit um so größerer Brutalität wieder aufgenommen. Im Sommer 1943 waren alle Ghettos im G. aufgelöst. Viele der noch in Zwangsarbeitslagern und sog. Arbeitsghettos lebenden Juden wurden im November 1943 ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der dt. Kriegswirtschaft während der Aktion → Erntefest ermordet. Obwohl das G. seit Mai 1943 auch organisatorisch vollständig in

die → Kriegswirtschaft des Dritten Reiches integriert war, hatte die Wirtschaftspolitik am Ende hinter der Volkstumspolitik zurückzustehen.

Das G. war industrielles und landwirtschaftliches Ausbeutungsobjekt, diente als Rekrutierungsfeld für Zwangsarbeiter für das Dt. Reich (bis 1942 befand sich bereits ca. 1 Mio. poln. Arbeitskräfte in Deutschland), ferner als Aufnahmegebiet für die aus den annektierten poln. Gebieten (→ Danzig-Westpreußen; → Wartheland) vertriebenen 1,2 Mio. Polen und als wichtigstes Nachschubgebiet für die Ostfront. Ab November 1942 begann Himmler mit seinen Dienststellen, seine bisher in den → eingegliederten Gebieten betriebene Aussiedlungspolitik gegenüber der poln. Bevölkerung im Rahmen der Germanisierungspläne auch auf das G. auszudehnen. Ein erstes dt. »Siedlungsbollwerk« sollte im Kreis → Zamosc/Distrikt Lublin entstehen, von dem bis Sommer 1943 etwa 40 000 Polen durch Vertreibung von Heim und Hof betroffen waren.

Ab Januar 1943 verschärften sich die Verhaftungsaktionen in Form von Großrazzien und präventiven polizeilichen Maßnahmen in Warschau, mit denen die »Belegschaften« der Konzentrationslager aufgefüllt wurden. Im Frühjahr 1943 wuchs der aktive und passive Widerstand, nicht zuletzt aufgrund der dt. Niederlage von → Stalingrad. Die sich ab Oktober 1939 formierende poln. militärische und zivile nationale Untergrundbewegung, die der poln. Exilregierung in London unterstand, bildete einen Untergrundstaat, dessen wichtigstes Operationsgebiet das G. war.

Die Teilräumung des Distrikts Galizien im März 1944 leitete die »anarchische Endphase« der dt. Herrschaft im G. ein. Nach dem Scheitern des im August begonnenen → Warschauer

Aufstands im Oktober 1944 und der völligen Zerstörung der poln. Hauptstadt nach der Kapitulation der Armia Krajowa (»Heimatarmee«) wurde das G. im Januar 1945 von der Roten Armee befreit.

Beate Kosmala

*Literatur:*

Golczewski, Frank: Polen, in: Wolfgang Benz (Hg.): *Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*, München 1991.

Hoensch, Jörg K.: *Geschichte Polens*, Stuttgart 21990.

Madajczyk, Czeslaw: *Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939-1945*, Berlin 1987.

Sandkühler, Thomas: »Endlösung« in Galizien. *Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz 1941-1944*, Bonn 1996.